

# KLIMAWEISEN-RAT der Klimaschutzregion Hannover

**Geschäftsstelle Klimaweisen-Rat**  
Region Hannover Klimaschutzleitstelle  
Hildesheimer Str. 17  
30169 Hannover  
klimaweisen-rat@region-hannover.de  
www.hannover.de/klimaweisen-rat

Hannover, 17.02.2020

## Klimaschutz und Wohnen – Positionierung des Klimaweisen-Rates

Vor dem Hintergrund einer angestrebten Klimaneutralität im Wohnsektor ist eine angemessene und zeitgemäße Entwicklung des Wohnungswesens unerlässlich. Der Klimaweisen-Rat sieht in mehreren Bereichen Handlungsbedarfe für regionale, aber auch kommunale Akteure, die in der vorliegenden Positionierung zum Thema Klimaschutz im Wohnungsbau deutlich werden. Neben Fragen zu bestehenden Klimaschutz- bzw. Energieeinsparstandards für Neubauten in der Region Hannover und deren Verankerung in Plänen und Verträgen sehen wir das Thema der energetischen Sanierung als zentral an, ebenso die flächensparende Siedlungsentwicklung (Bauen vorrangig im Bestand), die Förderung von grünen Infrastrukturen und das Thema Solarenergie bzw. solartechnische Anlagen.

Folgende **grundsätzliche Anforderungen** sehen wir an das komplexe Thema Klimaschutz im Wohnungsbau gestellt:

- Bestehende **Klimaschutz- bzw. Energieeinsparstandards** für sämtliche Neubauten in der Region Hannover, die über die gültige EnEV hinausgehen, sind beizubehalten bzw. auszubauen. Die Kommunen der Region Hannover sollen sich innerhalb des Jahres 2020 auf einen hohen Klimaschutz- bzw. Energieeinsparstandard für alle Neubauten verständigen. Der höchste Standard in der Region sollte hier möglichst Richtwert sein, in jedem Fall wären vergleichbare Standards in den Kommunen wünschenswert. Die Standards sollen in Bebauungsplänen festgelegt und in privatrechtlichen Verträgen mit den Bauherren verankert sein.
- Klimaschutz ist sozial ausgewogen zu gestalten. Grundsätzlich soll in allen Planungsebenen der **Suffizienzgedanke** berücksichtigt werden. Die Steuerung der Flächennutzung (Flächenverbrauch und Wohnflächengröße) ist nicht allein dem Markt zu überlassen. Die Stadt und die Region Hannover sollten sich proaktiv dafür einsetzen, den Trend zu mehr Wohnfläche/Kopf zu brechen.

Ziel muss sein, Wohnfläche generell zu verkleinern und „gutes Wohnen auf kleiner Fläche“ zu bewerben. Hierzu ist eine unabhängige umfassende Kommunikation und Information seitens der Region bzw. der Kommunen nötig.

- Die Konkurrenz der Kommunen bzgl. der **Flächenausweisungen** muss überwunden werden. Dies bedeutet, dass Innenentwicklung auch in der Region Hannover ganz klar Vorrang vor der Flächeninanspruchnahme in nicht-integrierten Lagen haben muss (Nachnutzung von Brachflächen, verdichtete Wohnformen: „Mehr Raum schaffen ohne mehr Raum zu verbrauchen“). Das Ziel der Bundesregierung, die Neuversiegelung innerhalb kurzer Frist zu halbieren, muss sich auch in den Planungen der Region Hannover widerspiegeln.
- Im **Gebäudebestand** sollen weiterhin **energetische Sanierungen** unterstützt werden. Hierzu ist eine umfassende Beratung durch die Region wünschenswert, um Fördermöglichkeiten transparenter zu vermitteln, über Standards zu informieren und handhabbare Informationen zu vermitteln. Als Beratungsstelle mit breitem Angebot bietet sich die Klimaschutzagentur an, die Angebote bündeln, Vergleichbarkeit schaffen und so Motivation erzeugen kann, sich mit energetischen Sanierungen und Standards auseinander zu setzen. Angesichts der noch einmal deutlich verbesserten Förderungen des Bundes sind konkrete Hilfen bei der Beantragung von Fördermitteln vermutlich mindestens ebenso wirksam, wie zusätzliche kommunale Fördermittel. Kommunale Förderprogramme, so auch das Förderprogramm von proKlima, sollten sich ausschließlich auf bestehende Förderlücken konzentrieren.  
Die Region Hannover sollte sich dafür einsetzen, dass bundesweit auch über rechtliche Maßgaben die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden beschleunigt wird.
- Auf allen Neubauten sollen **Solarenergie-Anlagen** installiert werden. Bei Neubauvorhaben ist es möglich, im Zusammenhang mit einem Bebauungsplan im städtebaulichen Vertrag oder in Durchführungsverträgen zu VEP-Verfahren Solaranlagen vorzuschreiben. Für die kommunalen Bestandsgebäude in der Region Hannover soll der Bau von Solaranlagen auf allen Gebäuden bis zum 31.12.2022 abgeschlossen sein (Auflagen bspw. durch Statik oder Denkmalschutz ausgenommen). Die Amortisationszeit soll auf die gesamte Lebensdauer der Investition bezogen werden. Nur wenn über diese Zeit keine Amortisation zu erwarten ist, kann vom Bau einer Solaranlage abgesehen werden.
- Der Klimawandel führt auch zu einem massiven Verlust von Biodiversität. Mit Blick auf die Anpassung an den Klimawandel ist eine Förderung von **grünen Infrastrukturen** notwendig. Initiativen und Programme zur Förderung von Biodiversität im Wohnumfeld und im städtischen Raum sollten (weiter) gefördert werden, bspw. Gründächer mit Regenrückhaltung. Wir erachten entsprechende Auflagen insbesondere für Bauten mit Flachdächern für notwendig. Bei der **Quartiersentwicklung** ist darauf zu achten, dass Frischluftschneisen erhalten bzw. gefördert werden
- Um negative Effekte durch (weitere) Steigerung des Motorisierten Individualverkehrs zumindest abzumildern, soll in Klimaschutzkonzepten für das Wohnungswesen das Thema **individuelle Mobilität** einbezogen werden. Für einen sinnvollen und wirkungsvollen

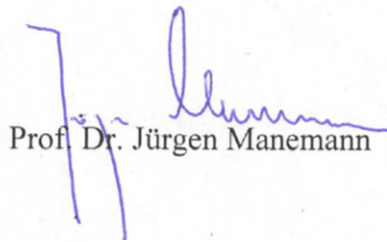
Klimaschutz für und in der Region Hannover ist der Verkehr strikt klimafreundlich zu gestalten, dies umfasst eine konsequente Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs in Stadt und Region, um Radfahren auch für Pendler auf weiteren Strecken attraktiver zu machen. Besonders in urbanen Gebieten mit gutem ÖPNV Anschluss sollten bei Neubauten die PKW-Stellplatzschlüssel zu Gunsten von komfortablen Fahrradstellplätzen verringert werden.

Zum Ziel einer nachhaltigen Mobilitätswende für die Stadt und Region Hannover hat sich der Klimaweißen-Rat bereits positioniert (Statement vom 30.09.2019).

### Der Klimaweißen-Rat:



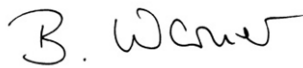
Reinhard Benhöfer



Prof. Dr. Jürgen Manemann



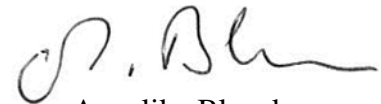
Marie Stein



Dr. Barbara Warner



Prof. Dr. Lars-Oliver Gusig



Angelika Blencke



Prof. Dr. Richard Hanke-Rauschenbach



Zorah Birnbacher



Dr. Susanne Leifheit